



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass auf Basis nachvollziehbarer Kriterien verbindliche Quoten festgelegt werden, nach denen die Flüchtlinge gerecht den EU-Mitgliedstaaten zugeteilt werden;
2. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über den derzeitigen Sachstand und die bestehenden Herausforderungen auf Bundes- und Europaebene im Hinblick auf eine Dublin-II-Reform sowie über die angekündigte Intensivierung der gemeinsamen Zusammenarbeit mit Tirol und Südtirol in dieser Angelegenheit zu berichten.

Begründung:

Angesichts der dramatischen Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR ist das heutige weltweite Ausmaß von Flucht und Vertreibung so groß wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die sich deshalb in den Südländern der EU zuspitzende Flüchtlingssituation macht überdeutlich, dass die bisherige Dublin-II-Regelung für die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU den Realitäten nicht mehr gerecht wird: Während wenige Länder die Hauptlast tragen und Deutschland selbst überdurchschnittliche Anstrengungen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen unternimmt, zeigen sich eine Reihe von Mitgliedstaaten bei der Flüchtlingsaufnahme wenig solidarisch. Ein neuer, gerechterer Verteilungsschlüssel mit Kriterien wie etwa die Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft ist daher dringend erforderlich. Auch Europa sieht sich schon seit einiger Zeit mit großen Flüchtlingswellen konfrontiert. „In einer solch schwierigen Situation kann die Europäische Union zeigen, dass sie tatsächlich jene Wertegemeinschaft ist, als die sie sich selber darstellt“, sagte bereits der Staatsminister Joachim Herrmann und forderte deshalb: „Es müssen endlich auf Basis nachvollziehbarer Kriterien verbindliche Quoten festgelegt werden, nach denen die Flüchtlinge gerecht den Mitgliedstaaten zugeteilt werden.“ Neben dem aktuellen Sachstand und den Herausforderungen einer Reform der EU-Flüchtlingspolitik soll die Staatsregierung dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen auch über die angekündigte Intensivierung der Zusammenarbeit mit Tirol und Südtirol in dieser Angelegenheit berichten.